

Zivildienst wird zum Auslaufmodell

Verbände bereiten sich auf eine Zeit danach vor / Freiwilliges Jahr könnte an Bedeutung gewinnen

VON BERND SCHNEIDER

Bremen. Wehrdienst und Zivildienst sind zwei ungleiche Brüder. Doch ihre Schicksale sind eng verbunden: Kippt der eine, ist auch der andere nicht zu halten. Beobachter sehen starke Signale, die auf ein Ende des Wehrdienstes bis zum Sommer 2011 hindeuten – zudem gibt es entsprechende Äußerungen von CDU-Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg. Damit geht auch die Ära der sogenannten Zivis zu Ende. 400 von ihnen sind derzeit in Bremen eingesetzt. Ihre Arbeit werden Profis oder Freiwillige übernehmen – wenn sie nicht ganz wegfällt.

„Das Aus für den Zivildienst hängt als Damoklesschwert schon länger über uns“, sagt Lübbo Roewer, Sprecher beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) in Bremen. Über die Jahre hätten Regierungen die Dauer immer wieder gekürzt. 20 Monate waren es mal, inzwischen sind nur noch sechs verpflichtend. Das ist so wenig, dass Zivis für einige Aufgaben schon nicht mehr in Frage kommen – etwa für Krankentransporte. „Da dauert die Ausbildung so lange“, heißt es beim Arbeiter-Samariterbund (ASB), „das steht in keinem Verhältnis mehr zur Einsatzzeit.“ Auch beim DRK fahren sie nicht mehr, „seit der Zivildienst kürzer ist als ein Jahr“, so Roewer.

„Ohne Zivildienst wird es teurer“

„Man muss sich immer mehr fragen: Kann man bestimmte Teilbereiche dann überhaupt noch aufrechterhalten“, erklärt der DRK-Sprecher weiter. So arbeiten die derzeit 48 DRK-Zivis etwa in der Nachbarschaftshilfe, greifen alten Menschen unter die Arme, die nicht ins Heim wollen. Das DRK wolle zwar alles tun, diese wichtigen Dienste zu retten. Eine gesetzliche Verpflichtung gibt es aber nicht. Anders der Schulfahrdienst für behinderte Kinder. „Den kann man nicht streichen, der muss dann anders organisiert werden.“ Etwa mit 400-Euro-Kräften oder Neueinstellungen. Klar sei damit, so Roewer: „Ohne Zivildienstleistende wird es teurer für alle.“

Dennoch gibt es bei der AWO in Bremen schon heute kaum noch Zivis. „Wir hatten mal um 140 Leute“, sagt der Bremer Vorstandsvorsitzende Burkhard Schiller. Inzwischen sei deren Zahl gerade noch zweistellig. Insofern sieht er auch „kein Problem, auf Zivis zu verzichten“. Die Bedeutung von Freiwilligen und Ehrenamtlichen könne dann aber zunehmen.

Denn mit dem Aussetzen der Wehrpflicht könnte der Bund zugleich die Freiwilligendienste stärken, um möglichst



viele Zivis zu ersetzen. Das hofft zumindest Andreas Rheinländer, Geschäftsführer im Sozialen Friedensdienst (SFD) Bremen: „Aus dem Bundesamt für Zivildienst würde dann das Bundesamt für Freiwilligendienst.“ An der Idee werde längst ernsthaft gebastelt, versichert er. Mit mehr als eine halben Milliarde Euro könnte die neue Kölner Behörde dann junge Menschen unterstützen, die ein Freiwilliges Soziales oder Ökologisches Jahr auf sich nehmen. Das Geld aus Köln könnte dringend gebraucht werden, meint Rheinländer: Rund 350 Euro müsse der „Arbeitgeber“ eines Zivis heute pro Stelle und Monat zahlen. „Freiwillige kosten das Doppelte.“

Rheinländers SFD ist zuständig für die Beratung und Vermittlung von derzeit 480 Freiwilligen in Bremen. Auch die fünf Wochen Seminare zu fachlichen und politischen Themen, die in diesem Rahmen vor-

geschrieben sind, organisiert er mit einer Handvoll Sozialpädagogen.

„Unser Bereich wird wachsen“, sagt er voraus. Jeder Zweite oder Dritte, der bislang zum Zivildienst eingezogen wurde, werde sich künftig als Freiwilliger melden. Größenordnung: 200 bis 300 junge Männer im Jahr. „Viele wollen nach der Schule nicht gleich in die Ausbildung oder ins Studium“, weiß er aus Erfahrung. Oft gehe es nicht nur um soziales oder ökologisches Engagement, sondern auch um ein Stück beruflicher Orientierung. Oder darum, einfach mal etwas ganz anderes zu tun nach der Hetze des Turbo-Abiturs. „Wir bieten in Bremen alle Strukturen, um diesen Bereich entsprechend auszubauen“, gibt sich der SFD-Geschäftsführer zuversichtlich. Die Einrichtungen, die heute Zivis beschäftigen, müssten sich dann allerdings auf die neue Situation einrichten: „Die müssen

stärker darauf achten, dass die Stellen wirklich attraktiv sind.“

DRK-Sprecher Lübbo Roewer zweifelt allerdings, dass wirklich so viele Freiwillige eine Alternative zum Zivildienst suchen werden. Sein schlagendstes Argument: Zivis können ihren Einsatz, wenn sie wollen, auf bis zu zwölf Monate verlängern. „Aber ich kenne keinen, der das gemacht hat.“ Daher müssten andere Maßnahmen ergriffen werden: „Uns als DRK wäre es am liebsten, wenn die Anreize für das freiwillige Jahr erhöht würden.“ Sein Vorschlag: „Man könnte es für die Rente anrechnen oder beim Zugang zum Studium positiv berücksichtigen.“

ANZEIGE

Mit Radio Bremen
auf der Sail 2010.